

16 – 18.05.2022

Stand: 19.05.2022, 08:00 Uhr

OPERATIVE LAGE

Die Kampfhandlungen an der Front nehmen trotz lokaler taktischer Erfolge des russischen Militärs in der Ostukraine einen positionellen Charakter an. Die Streitkräfte der Ukraine setzen die Befreiung einiger Siedlungen nördlich und östlich von Charkiw fort und drängen die russischen Truppen in einigen Gebieten an die Staatsgrenze zurück. Russische Truppen greifen Infrastruktureinrichtungen auf ukrainischem Gebiet an und verstärken ihre Angriffe auf militärische Übungsplätze.

Richtungen Tschernihiw und Sumy:

Der Beschuss der Grenzgebiete in den Regionen Tschernihiw und Sumy geht weiter. Nach Angaben des staatlichen Grenzschutzdienstes wurden allein am 18. Mai sieben Beschüsse der betreffenden Gebiete durch die Russische Föderation registriert.

Außerdem griffen russische Truppen am Morgen des 17. Mai das Dorf Desna in der Region Tschernihiw an, wo sich das Ausbildungszentrum der ukrainischen Streitkräfte befindet. Infolge des Beschusses wurden 11 Menschen getötet und 14 verletzt. Am 17. Mai wurden in der Region Sumy mehrere zivile Einrichtungen mit Raketen angegriffen. Das russische Militär beschoss insbesondere die Stadt Ochtyrka, wobei mindestens 5 Menschen verletzt wurden.

Am 17. Mai versuchte eine russische Sabotage- und Aufklärungsgruppe, die Staatsgrenze im Norden der Region Sumy zu überschreiten. Der Vorfall ist ein Indiz für Ablenkungsmanöver der russischen Streitkräfte, die damit verhindern wollen, dass die Reserven der ukrainischen Streitkräfte in die Gebiete der aktiven Kampfhandlungen im Osten vordringen.

Richtungen Charkiw und Luhansk:

Die Gegenoffensive der ukrainischen Streitkräfte in der Region Charkiw geht weiter. Russische Truppen versuchten, ukrainische Einheiten daran zu hindern, die Staatsgrenze zu erreichen und den Fluss Siwerskyj Donez zu überwinden. Trotzdem gelang es den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte, mindestens eine Siedlung in der Region Charkiw zu plündern.

In Richtung Isjum nahm das russische Militär seine Angriffe wieder auf, um die Stadt Slowjansk zu erreichen, die sich im Rücken der ukrainischen Streitkräfte befindet, die das Gebiet von Luhansk und den nördlichen Teil der Region Donezk verteidigen.

In der Region Luhansk dauern die Kämpfe entlang der gesamten Frontlinie an. Die russischen Truppen konzentrieren ihre Bemühungen auf eine Offensive zur Einnahme der Stadt Sewerodonezk, die seit der Einnahme von Luhansk im Jahr 2014 als regionales

Zentrum dient. Der schwere Beschuss der Stadt hält an und tötet Zivilisten (allein am 16. Mai 2022 wurden in Sewerodonezk mindestens 10 Menschen getötet).

Richtungen Donezk und Saporischschja:

Die Kämpfe gehen entlang der gesamten Frontlinie in der Region Donezk weiter. Besonders aktiv sind die Kämpfe in der Nähe von Lyman (im Norden der Region) und Awdijiwka (bei Donezk). Die Blockade der Mariupol-Garnison in der Asow-Stahl-Anlage und der Beschuss dieser Anlage gehen weiter.

Die russischen Truppen fliegen weiterhin Luftangriffe und zerstören die zivile Infrastruktur in der Region. Der Leiter der regionalen Militärverwaltung von Donezk, Pawlo Kyrylenko, erklärte, dass eine der Schulen in Awdijiwka durch den Beschuss vollständig zerstört worden sei. Zwischen dem 16. und 18. Mai wurden in der Region 26 Zivilisten getötet und 19 verletzt.

Auf dem Gebiet der Region Saporischschja führten die russischen Truppen keine aktiven Offensiven durch, beschossen aber weiterhin die zivile Infrastruktur in der Nähe der Frontlinie. Die regionale Militärverwaltung von Saporischschja berichtet, dass die ukrainischen Streitkräfte den Bau von zwei Befestigungslinien zur Verteidigung der Stadt abgeschlossen haben.

Richtung Dnipro:

Am 18. Mai wurde die Region Dnipropetrowsk erneut von einem Raketenangriff des russischen Militärs heimgesucht, bei dem versucht wurde, die Verkehrsinfrastruktur der Region zu zerstören. Die Absichten der russischen Streitkräfte, das Überlaufen der Reserven der Streitkräfte und der ausländischen Militärhilfe in die Zone der aktiven Kampfhandlungen zu verhindern, werden nachgezeichnet

Richtung Süden:

Die russischen Streitkräfte greifen weiterhin die Verkehrsinfrastruktur und andere strategische Ziele in der Region Odessa an. Erneut wurden Raketenangriffe auf die Eisenbahnbrücke über den Dnister-Liman geflogen, die bereits zuvor beschädigt worden war. Bei dem Anschlag vom 16. Mai wurde auch eine touristische Infrastruktureinrichtung getroffen.

An der Frontlinie in der Nähe der Verwaltungsgrenze zwischen Cherson und den Regionen Mykolajiw und Dnipropetrowsk hält der Beschuss an. So wurde am 18. Mai ein ziviler Konvoi beschossen, wobei 3 Menschen getötet und 6 weitere verletzt wurden. Auch Mykolajiw bleibt das Ziel des Beschusses. Die russischen Truppen setzen verbotene Streumunition ein, um sie zu treffen.

Richtung Westen:

Die russischen Truppen setzen ihre Angriffe auf die militärische Infrastruktur im Bezirk Jaworiw der Region Lemberg fort. In der Nacht zum 17. Mai wurde erneut eine Militäreinrichtung beschossen. Einige der Raketen wurden von den ukrainischen

Luftabwehrkräften entschärft, aber die Trümmer einer Rakete beschädigten die Eisenbahninfrastruktur.

HUMANITÄRE LAGE

Nach Angaben des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte beläuft sich die Zahl der zivilen Opfer in der Ukraine seit dem 24. Februar 2022 - seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion - auf 7.964 (3.778 Tote und 4.186 Verletzte).

Bis zum Morgen des 18. Mai wurden infolge der bewaffneten Aggression der Russischen Föderation in der Ukraine mehr als 653 Kinder verletzt. Nach offiziellen Angaben wurden 229 Kinder getötet und mehr als 424 verletzt.

Die humanitäre Lage in den vorübergehend von russischen Truppen besetzten Gebieten ist nach wie vor äußerst schwierig. In der Oblast Cherson herrscht ein Mangel an Medikamenten und Lebensmitteln (insbesondere Babynahrung). Humanitäre Hilfe aus der Ukraine kommt nur unter Schwierigkeiten an - das russische Militär hält sie an Kontrollpunkten zurück oder beschlagnahmt sie.

Betroffen sind auch Siedlungen, die direkt im Kriegsgebiet oder in der Nähe der Frontlinie liegen. Ein Teil der Gebietskörperschaften ist ohne Strom-, Gas- und Wasserversorgung. In der Region Mykolajiw ist das Problem des Trinkwassermangels seit Mitte April akut. Da die Dnipro-Mykolajiw-Wasserleitung infolge der Feindseligkeiten beschädigt wurde, wird der Bedarf der Bevölkerung nur mit importiertem Wasser gedeckt.

Die WHO hat sich besorgt über die epidemiologische Situation in Mariupol geäußert. Eine Beschädigung des Wasserversorgungssystems könnte zur Verbreitung von Infektionskrankheiten wie Cholera führen.

In den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine werden weiterhin ukrainische Staatsbürger entführt. Allein in der Region Saporischschja werden immer noch 117 Menschen als Geiseln festgehalten.

Es wurde eine Operation zur Evakuierung von verwundeten Kämpfern aus der Mariupol-Garnison eingeleitet, die die Verteidigung der Asow-Stahl-Anlage aufhält. Am 16. Mai wurden 264 ukrainische Soldaten (darunter 53 schwer verwundete Kämpfer) in die vorübergehend besetzten Gebiete der Ukraine evakuiert, die unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte stehen. Es wird erwartet, dass sie aufgrund des Kriegsgefangenen austauschs in das ukrainisch kontrollierte Gebiet zurückkehren können. Die Frage der derzeitigen Aufenthaltsbedingungen und des weiteren Austauschs von Kämpfern bleibt offen. Die internationale Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat bereits ihre Besorgnis über die weitere Entwicklung bei den Evakuierten geäußert, die sich in dem vorübergehend besetzten Gebiet de facto als Kriegsgefangene wiedergefunden haben. Vertreter der russischen Behörden wollen Mitglieder des Asow-Regiments, das sie als terroristische Organisation anerkennen wollen, von dem möglichen Austausch ausschließen.

Die Stadtverwaltung von Mariupol hat die Gefahr einer Umweltkatastrophe im Asowschen Meer gemeldet. Die Bombardierung von Asow-Stahl könnte eine technische Struktur beschädigt haben, die Zehntausende von Tonnen konzentrierter Schwefelwasserstofflösung zurückhält. Ein Auslaufen dieser Flüssigkeit könnte der Flora

und Fauna des Asowschen Meeres irreparablen Schaden zufügen, und die gefährlichen Stoffe könnten dann in das Schwarze Meer und das Mittelmeer gelangen. Der Bürgermeister von Mariupol, Wadym Bojtschenko, forderte die sofortige Zulassung internationaler Experten und UN-Vertreter, um die Situation zu untersuchen und eine Umweltkatastrophe von Weltrang zu verhindern.

Human Rights Watch untersucht Erschießungen, Folter und andere Kriegsverbrechen, die von russischen Truppen auf dem Gebiet der Regionen Kyjiw und Tschernihiw von Ende Februar bis Anfang April 2022 begangen wurden. Im April besuchten Vertreter der Organisation 17 Siedlungen in diesen Regionen, wo sie 22 Hinrichtungen, 9 weitere illegale Tötungen, 6 mögliche Fälle von gewaltsamem Verschwinden und 7 Fälle von Folter feststellten. 21 Zivilisten berichteten, dass sie vom russischen Militär unter unmenschlichen und erniedrigenden Bedingungen illegal eingesperrt worden waren.

Die Zahl der zivilen Opfer in der Region Kyjiw, die während der Besetzung von Teilen der Region ums Leben kamen, wird derzeit aktualisiert. Andrij Nebytow, Leiter der Hauptdirektion der Nationalen Polizei der Region Kyjiw, sagte, dass bis zum 18. Mai die Leichen von 1.288 Zivilisten auf dem Gebiet der Region gefunden wurden. Er fügte hinzu, dass diese Zahl noch nicht endgültig sei, da die Gesetzeshüter bei ihren Inspektionen in den Gebieten weiterhin Verschüttete identifizieren.

Widerstand

In den vorübergehend besetzten Gebieten der Ukraine entwickelt sich eine Guerillabewegung. Am 18. Mai wurden Schüsse und Explosionen im vorübergehend besetzten Melitopol gemeldet. Nach Angaben der regionalen Militärverwaltung von Saporischschja zündeten Unbekannte eine Granate in der Nähe des Büros des russischen Kommandanten. Die Wochenzeitung "Dzerkalo Tyzhnia" berichtete, dass ein russischer Panzerzug in die Luft gesprengt worden sei, was auf Sabotage hinweisen könnte.

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Der Staatliche Statistikdienst der Ukraine hat einen Bericht über die Dynamik des ukrainischen Handels als Folge der groß angelegten russischen Invasion vorgelegt. In diesem Jahr sank das saisonbereinigte Exportvolumen im März im Vergleich zum Februar um 57,9 Prozent, während die Importe um 75,8 Prozent zurückgingen.

Die Ukraine arbeitet an der Sicherstellung der Getreideexporte angesichts der Blockade der ukrainischen Häfen. Am 16. Mai teilte der Pressedienst des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung mit, dass die Ukraine und Polen eine gemeinsame Erklärung über den Export von ukrainischem Getreide unterzeichnet haben. Die Staaten haben sich darauf geeinigt, die veterinärmedizinische Kontrolle von Ladungen mit diesen Produkten zu vereinfachen.

Die Regierung versucht, die Lage auf dem Kraftstoffmarkt zu stabilisieren. Am 17. Mai teilte Wirtschaftsministerin Julia Swyrydenko mit, dass die dem Ministerkabinett unterstellte Operative Zentrale beschlossen habe, die staatliche Regulierung der Benzin- und Dieselpreise vorübergehend aufzugeben, was zu einem voraussichtlichen Anstieg der Kraftstoffpreise um 50-60 % führen werde.

POLITISCHE UND DIPLOMATISCHE ENTWICKLUNGEN

Die russische Aggression hat zu einer Umgestaltung des gesamten Sicherheitssystems auf dem europäischen Kontinent geführt. Angesichts der konkreten Bedrohung durch Russland beantragten Schweden und Finnland - Staaten, die lange Zeit neutral geblieben waren - am 18. Mai den Beitritt zur NATO.

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij unterrichtet weiterhin ausländische Staats- und Regierungschefs über die Lage im Lande angesichts der russischen Aggression und verhandelt über Lösungen für gemeinsame Probleme. Er führte Telefongespräche mit Bundeskanzler Olaf Scholz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, in denen er über schärfere Sanktionen gegen Russland, die Aussichten für den Verhandlungsprozess und die Verteidigungsunterstützung durch Frankreich und Deutschland sprach. In einem Telefongespräch mit dem neu gewählten Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, Muhammad bin Zayed bin Sultan Al Nahyan, erörterten sie die Möglichkeit von Treibstofflieferungen an die Ukraine und die Beteiligung der VAE am Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg. Selenskij führte auch Gespräche mit der geschäftsführenden Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Kristalina Georgieva, über finanzielle Unterstützung für die ukrainische Wirtschaft.

Das US-Außenministerium hat ein Programm zur Sammlung und Analyse von Beweisen für russische Militärverbrechen in der Ukraine ins Leben gerufen, die Konfliktbeobachtungsstelle (Conflict Observatory). Das Programm wird verfügbare Informationen (Satellitenfotos, Daten aus sozialen Medien) analysieren und speichern, um sie als Beweismittel bei Ermittlungen zu verwenden. Darüber hinaus kamen am 17. Mai 42 Vertreter des Internationalen Strafgerichtshofs in die Ukraine, um die vom russischen Militär begangenen Verbrechen zu untersuchen.

Die internationalen Partner erhöhen die Verteidigungsunterstützung für die Ukraine. Nach einem Treffen zwischen Außenminister Dmytro Kuleba und der niederländischen Verteidigungsministerin Kajsa Ollongren ist die Lieferung weiterer Waffen an die Ukraine geplant. Deutschland ist bereit, der Ukraine 7 Panzerhaubitze 2000 SAU, Gepard Flugabwehr SAU, Granatwerfer und andere militärische Ausrüstung zu übergeben. Portugal wird der Ukraine weitere 160 Tonnen an Hilfsgütern, einschließlich Militärhilfe, zur Verfügung stellen.

Auch die finanzielle Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft nimmt zu. Der EU-Ministerrat hat zusätzliche Hilfe für die Ukraine in Höhe von 500 Millionen Euro für den Kauf von militärischer Ausrüstung genehmigt. Die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, kündigte an, dass die Kommission der Ukraine eine neue Finanzhilfe in Höhe von bis zu 9 Mrd. Euro gewähren wolle. Die Europäische Kommission schlug auch die Schaffung des RebuildUkraine-Mechanismus vor, in dessen Rahmen die EU den Wiederaufbau der Ukraine nach dem Krieg unterstützen würde. Die Leiterin der Nationalen Agentur für den öffentlichen Dienst, Natalia Aliuschina, erklärte, die IBRD werde den ukrainischen Staatsapparat mit 492 Millionen Dollar finanzieren. Am 17. Mai erklärte Ministerpräsident Denys Schmyhal, dass die deutsche Regierung die Ukraine mit 150 Millionen Euro unterstützen wird. Japan wird der Ukraine weitere 300 Mio. Dollar

an Kredithilfen zur Verfügung stellen, so dass sich der Gesamtbetrag der Darlehen aus diesem Land auf 600 Mio. Dollar belaufen wird.

Darüber hinaus bereiten die fortschrittlichsten Volkswirtschaften der Gruppe der Sieben (G7) ein massives neues Wirtschaftshilfepaket in Höhe von 15 Milliarden Dollar für die Ukraine vor, um die Verluste durch die russische Invasion auszugleichen.

Die Ukraine bereitet sich auf einen längeren Konflikt mit Russland vor. Präsident Wolodymyr Selenskij hat mehrere Gesetzesentwürfe eingebracht, die eine Verlängerung des Kriegsrechts und der allgemeinen Mobilisierung ab dem 25. Mai um weitere 90 Tage, d. h. bis Anfang August, vorsehen.

Die Informationen in dieser Zusammenfassung stammen aus offiziellen Quellen - Berichten der ukrainischen staatlichen Behörden sowie ukrainischer und internationaler Nachrichtenagenturen. Die Glaubwürdigkeit der Daten wird vom Projektteam strengstens überprüft und bestätigt, wenn Fake News entdeckt werden.